



Spitzenverband

GKV-Spitzenverband · Reinhardtstraße 28 · 10117 Berlin

Herrn

Prof. Dr. Wolfgang Klosterhalfen

In der Donk 30

40599 Düsseldorf

Dr. Stephan Meseke, LL.M.

Leiter des Stabsbereichs Bekämpfung von
Fehlverhalten im Gesundheitswesen

Abt. Gesundheit



GKV-Spitzenverband

Postfach 04 05 65 · 10063 Berlin

Reinhardtstraße 28 · 10117 Berlin

www.gkv-spitzenverband.de

09.07.2020

Ihr Hinweis auf Fehlverhalten im Gesundheitswesen gem. § 197a Abs. 2 SGB V

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Klosterhalfen,

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 10.06.2020, hier eingegangen am 15.06.2020, das Sie explizit an die hier gem. § 197a Abs. 1 SGB V eingerichtete Stelle zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen gerichtet haben.

Danach geht der GKV-Spitzenverband Hinweisen auf Fehlverhalten im Gesundheitswesen nach, sofern diese auf „Unregelmäßigkeiten oder auf rechtswidrige Nutzung von Finanzmitteln“ im Zusammenhang mit den Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung hindeuten.

Da Sie in Ihrem Hinweis „Scharlatanerie an der Kinderklinik Gelsenkirchen“ einen konkreten Fall herausheben, der an dieser Klinik behandelt wurde und zu dem ein Gutachten des Medizinischen Dienstes Berlin-Brandenburg vorliegt, bin ich zunächst an die Fachkollegen unserer insoweit betroffenen Mitgliedskasse BKK VBU herangetreten.

Nach unserer gemeinsamen Bewertung handelt es sich insoweit jedoch nicht um Fehlverhalten im Gesundheitswesen gem. § 197a SGB V, sondern um einen „*Behandlungsfehler*“.

Die Verfolgung dieses konkreten oder etwaiger weiterer Behandlungsfehler gehört nicht zu den gesetzlichen Aufgaben des GKV-Spitzenverbandes. Für die Unterstützung bei der Verfolgung von Schadensersatzansprüchen, die bei der Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen aus Behandlungsfehlern entstanden sind, ist gem. 66 SGB V ausschließlich die jeweilige gesetzliche Krankenkasse sachlich zuständig.

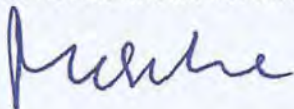
Außerdem bringen Sie zum Ausdruck, dass der „Zentralausschuss der gesetzlichen Krankenkassen“ dafür sorgen sollte, dass die gesetzlichen Krankenkassen nicht länger die Kosten für die Scharlatanerie an der Kinderklinik Gelsenkirchen übernehmen. Die umstrittenen Therapien sollten überprüft werden.

Nach § 137 c Abs. 1 SGB V überprüft der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) auf Antrag „Untersuchungs- und Behandlungsmethoden“, die im Rahmen einer Krankenhausbehandlung zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen angewandt werden, daraufhin, ob sie für eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Versicherten unter Berücksichtigung des allgemein anerkannten Standes der medizinischen Erkenntnisse erforderlich sind.

Vor diesem Hintergrund habe ich auch die insoweit zuständigen Fachkollegen unseres Hauses einbezogen. Weder aus Ihrem Schreiben, noch aus den Angaben auf der Internetseite der Kinderklinik lässt sich ermitteln, ob und inwieweit in der dortigen „Psychosomatik-Abteilung“ ein grundsätzliches Behandlungskonzept der Neurodermitis durchgeführt wird, das einer bewertbaren Methode entspricht.

Wenn der GKV-Spitzenverband einen Beratungsantrag beim G-BA stellt, muss dargestellt werden, auf welche „Untersuchungs- und Behandlungsmethoden“ sich der Antrag konkret bezieht. Der GKV-Spitzenverband kann nur auf eine Prüfung von „Methoden“ hinwirken. Aus Ihrem Sachvortrag wurde für die hier zuständigen Fachkollegen aber letztlich nicht erkennbar, welche „Methode“ zur Überprüfung kommen sollte. Wir bedauern, dass wir auf der Grundlage der uns vorliegenden bzw. von uns ermittelten Erkenntnisse keine weiteren Handlungsmöglichkeiten sehen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Meseke